



Niederschrift

61. Plenarsitzung des Gemeinderates
26. Februar 2019, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

22.

Punkt 21 der Tagesordnung: Karlsruhe zum sicheren Hafen erklären Gemeinsamer Antrag: SPD, GRÜNE, KULT, Die Linke Vorlage: 2019/0074

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

Bei 24 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen

Die Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 21 zur Behandlung auf.

Ich möchte darauf hinweisen, dass draußen vor dem Eingang auf einem Tisch ein Boot aufgebaut ist, das wurde mir gestern von der Initiative überreicht. Dort sind einige hundert Postkarten drin, die sich zum Beitritt Karlsruhes zu dieser Aktion „Sicherer Hafen“ aussprechen. Es sind wohl insgesamt achthundert bis tausend solcher Postkarten entweder bei uns eingegangen oder in diesem Schiff, ich selbst habe es nicht ausgezählt. Zu den Inhalten werde ich nachher noch ausführen, wenn wir uns mit der Stellungnahme der Stadt beschäftigen.

Stadtrat Braun (KULT): Juventa, Liveline, Open Arms und Aita Mari, alle eint die Bereitschaft und der Wille Menschenleben zu retten. Sie alle eint auch, schon mehrere tausend Menschen vor dem Ertrinken im Mittelmeer gerettet zu haben, sie eint, dass sie von Behörden lahmgelegt und manipuliert werden, dass sie wochenlang nicht an Häfen andocken dürfen oder, wenn sie dort angekommen, ihre Schiffe beschlagnahmt werden. Sie eint auch, dass sie dafür kriminalisiert werden, eben weil sie nicht wegsehen, sondern die Courage aufweisen, die die Politik lange verloren hat. Eine staatlich organisierte Seenotrettung wäre längst überfällig. Anstatt dessen, lässt man die letzten privaten Helfer noch völlig alleine, und wie sooft ist es doch so, dass Kommunen die verfehlte Politik des Bundes auffangen müssen. So ist es auch hier. Wir beantragen daher, dass Karlsruhe zu einem sicheren Hafen wird, das heißt, dass aus Seenot gerettete Geflüchtete in Karlsruhe aufgenommen werden, die sonst an keinem Hafen anlanden dürfen und sich auch sonst kein EU-

Land bereit erklärt, die Hilfesuchenden aufzunehmen. Die EU entfernt sich immer weiter von ihrer eigentlichen europäischen Grundidee, die Frieden sichern und bei grenzüberschreitenden Problemen gemeinsam Lösungen finden sollte und die ihre gemeinsamen Werte achten und schützen sollte. Welche europäischen Werte gemeint waren, lässt sich heute leider nicht immer erkennen, im Gegenteil, immer mehr EU-Staaten wollen ihre Unabhängigkeit zurück, backen ihre eigenen Brötchen fernab der europäischen Idee und schotten sich ab, statt sich zu öffnen. Das verletzt nicht nur die hoffentlich global geltenden Menschenrechte, sondern verstößt auch gegen sämtliche europäischen Werte und Moralvorstellungen. Wir haben eine Verantwortung, die aktuell mit Füßen getreten wird. Das gebietet allein die Menschlichkeit und unsere Verantwortlichkeit aus See- und Völkerrechten. Die Antragssteller setzen sich mit diesem Antrag für ein starkes humanitäres Europa und gegen den europäischen Trend der Abschottung ein. Wir solidarisieren uns mit den Menschen auf der Flucht und den Zielen der Seebrücke, und wir positionieren uns klar gegen die Kriminalisierung ziviler Seenotrettung. Als vierundvierzigster sicherer Hafen Deutschlands können wir ein klares Signal in die Bundespolitik senden, dass viele Kommunen in Deutschland bereit dazu sind, aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen ungeachtet der eigentlichen Verteilungsquote. Daher bitte ich alle Fraktionen und Einzelstadträte inständig darum, unserem Antrag zu folgen.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Zunächst möchte ich eines in Richtung SPD sagen, die Kollegin Melchien hat mir eine Steilvorlage geliefert, als sie bei einem der vorherigen Anträge in unsere Richtung meinte, dass wir hier bundespolitische Themen in unsere Zuständigkeit bringen würden. Das Gleiche könnte ich sarkastisch auch bei diesem Antrag Ihnen als Antragsteller vorwerfen, das mache ich aber bewusst nicht, weil es hier um einen humanitären Antrag geht, der sich durchaus auf eine humanitäre Einstellung beruft. Das erkennen wir an, aber wir werden dem Antrag dennoch nicht zustimmen. Daher komme ich jetzt, abgesehen von meiner sarkastischen Einleitung, auf sachliche Argumente, die dem Antrag entgegenstehen, die auch von der Verwaltung in ihrer Stellungnahme ausgeführt wurden, das sind mehrere Punkte.

Zum einen ist es tatsächlich die Zuständigkeit des Bundes, er entscheidet nach wie vor über EU-Abkommen und Richtlinien, an die er sich ebenfalls halten muss, wie viele Personen in der Bundesrepublik aufgenommen werden dürfen. Dann geht das Ganze an die Länder weiter, die dann ihrerseits die Personen an die Kommunen verteilen. Karlsruhe hat in Baden-Württemberg mit der Landeserstaufnahmestelle eine Sonderstellung und damit auch eine andere Aufgabe. Unsere Aufgabe ist es als Landeserstaufnahmestelle die Flüchtlinge, die zuerst ankommen, bis deren Anträge beschieden sind, unterzubringen, zu registrieren und so weiter. Diese Aufgabe erfüllen wir und wollen wir auch weiterhin erfüllen. Es kann aber nicht sein, dass unsere Aufgabe und unsere Verpflichtung ausgedehnt wird, letztlich zulasten von Karlsruhe, indem wir uns weitere Zuständigkeiten aufbürden, indem wir selbst quasi die Struktur, der die Landeserstaufnahmestelle von Karlsruhe zugrunde liegt, eigenmächtig ausweiten, aus einem guten menschlich nachvollziehbaren Ansatz heraus, aber es verändert eben die Folgen, eben auch die Folgen für Karlsruhe. Praktisch gesehen ergibt sich auch aus der Stellungnahme der Verwaltung, die das recherchiert hat, dass seit Juli 2018 lediglich 88 Personen bundesweit aus der Seenotrettung aufgenommen wurden. Die Flüchtlingszahlen gehen zurück, es ist nicht mehr dieselbe Situation wie 2015. Wir hatten gerade vorhin wieder das Thema Wohnungssituation in Karlsruhe angerissen. Wenn Menschen nach Karlsruhe kommen, die sollen hier alle menschenwürdig leben und unterkommen. Das heißt, wir brauchen ausreichend Wohnraum, gerade für Familien, und die-

sen Wohnraum haben wir so nicht zur Verfügung. Das wissen wir auch alle, weil wir alle gemeinsam uns oft genug hier in diesem Gremium und in anderen Gremien wirklich den Kopf zerbrechen, wie wir Wohnraum schaffen können, wie wir Nachverdichten können, was für Möglichkeiten es gibt, um Wohnraum für Karlsruhe zu schaffen. Also halten wir uns doch besser erst an unsere Kapazitäten und schauen was wir machen können. Wie gesagt, wir können uns nicht als Gemeinde Zuständigkeiten aufbürden und Zuständigkeiten, die in internationalen und nationalen Verträgen geregelt sind, aufweichen oder verändern, diese Befugnis haben wir schlechthin nicht. Die Aufgabe der EU, der Ansatz warum sie gegründet wurde in den Verträgen von Rom war, Frieden zu sichern für und in Europa in den Mitgliedstaaten. Das ist die Kompetenz der EU, und dieser Verantwortung kommt sie zumindest bis dato seit über siebzig Jahren nach. Darüber hinaus kann auch die EU nicht alles leisten, was weltpolitisch von Bedeutung ist, wo auch andere mitziehen müssen.

Stadtrat Zeh (SPD): Wer im Fernsehen die Bilder gesehen hat, wie die Situation auf solchen Flüchtlingschiffen ist, der weiß, dass es hier um den humanitären Grund geht und an die Menschlichkeit appelliert wird, wie es auch Frau Dr. Dogan zurecht angesprochen hat. Die SPD-Fraktion sieht natürlich ganz klar, dass man in den Herkunftsländern die Fluchtursachen bekämpfen muss, bessere Perspektiven für die Menschen geschaffen werden müssen, mehr Lebensqualität, vielleicht auch Frieden. Herr Oberbürgermeister war letzte Woche in Afrika und konnte sich vor Ort ein Bild machen. Wenn die Menschen dann erst mal beispielsweise in Libyen angekommen sind und man die Bilder aus Flüchtlingslagern sieht, versteht man auch, warum diese nicht in Libyen bleiben wollen, sondern, wenn sie schon weg von der Heimat sind, auch nach Europa kommen wollen. Der Kollege Braun hat die sechs oder sieben Schiffe, die es überhaupt gibt und von denen momentan nur eines aktiv ist, aufgezählt. Es gibt auch innerhalb der EU viel Streit, das hat er auch angeführt.

Frau Dr. Dogan, damals im Oktober, als es um die Fregatte Karlsruhe ging, wollte die SPD auch gerne für so ein Schiff die Patenschaft übernehmen, aber die Randbedingungen sowohl für Patenschaften als auch für ein Schiff als solches, sind nicht so einfach. Deshalb ist dies ein einfaches politisches Signal, das man setzen könnte. Sicherlich, Frau Dr. Dogan, da haben Sie alles völlig richtig dargestellt, es ist die Bundespolitik, der Innenminister, der entscheidet, ob Menschen zu uns kommen können oder nicht. Es sind 88 Menschen, und das sind wenige, die hier tatsächlich hereinkommen können. Es ist sicherlich gut, dass die Stadt Karlsruhe hier beim UN-Programm Resettlement mitmacht und hier auch deutliche Signale setzt. Aber das Argument Wohnungsnot, bei diesen zwanzig oder dreißig Menschen, die vielleicht maximal kommen, wobei die Stadt Karlsruhe um über zehntausend Wohnungen weiter gewachsen ist, damit würde ich das nicht begründen. Neben diesen Fluchtursachen ist es für die SPD besonders wichtig, dass es ein Einwanderungsgesetz auf Bundesebene gibt, das den Menschen eine andere Perspektive bietet, auch das fehlt. Von daher werden wir dem gemeinsamen Antrag zustimmen, Karlsruhe als sicheren Hafen zu erklären. Damit wären wir sicherlich eine von mehreren Städten in Deutschland, die das gemacht haben, die wirklichen Aufnahmebedingungen würden wir sicherlich in Karlsruhe schaffen.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Die neuesten Zahlen des UN-Flüchtlingswerkes sind schockierend. Die Todesrate auf der Fluchtroute zwischen Libyen und Europa ist im vergangenen Jahr um fast das dreifache angestiegen. Insgesamt ließen im Schnitt sechs Menschen pro Tag ihr Leben auf dem Mittelmeer, die Dunkelziffer dürfte noch deutlich höher sein. Das die Sea-Watch 3 zuletzt wieder mit 47 aus Seenot geretteten Menschen an Bord auf dem

Mittelmeer vor der sizilianischen Küste ausharren musste, bis sich genügend Staaten zur Aufnahme bereit erklärten, ist ein Armutszeugnis. Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte musste veranlassen, dass Italien den Menschen medizinische Unterstützung, Essen und Getränke zukommen lässt. Es ist beschämend, dass mitten in der Europäischen Union eine solch humanitäre Selbstverständlichkeit gerichtlich angeordnet werden muss. Wir begrüßen die Bereitschaft der Stadtverwaltung, zusätzliche Personen aus dem Resettlement-Programm des UN-Flüchtlingswerkes aufzunehmen. Die Aufnahme über das Resettlement-Programm wird dann nötig, wenn es Schutzsuchenden in dem Erstaufnahmeland nicht zugemutet werden kann, dort zu bleiben. Das ist zum Beispiel in Libyen der Fall. Tausende Menschen, darunter viele Kinder, sind in den Haftzentren und Foltergefängnissen der staatlichen Willkür und der Gewalt von Milizen ausgesetzt. Unsere Forderung, Karlsruhe zum sicheren Hafen zu erklären, halten wir weiter aufrecht, ein Anliegen aus der Stadt mit Sitz der Bundesanwaltschaft, die die Aufgabe hat, Menschenrechte zu schützen. Damit wollen wir unseren politischen Willen in dieser Frage demonstrieren.

Stadtrat Høyem (FDP): Niemand vergisst die Bilder von ertrinkenden Menschen im Mittelmeer, man müsste ein Herz aus Stein haben, falls man nicht helfen wollte. Der Antragsteller hat diesen Wunsch, und das versteht man. Aber trotzdem hat die Verwaltung Recht, nicht in der technischen und bürokratischen Erklärung am Anfang, die zwar realistisch ist, aber doch zu überwindende Verhinderungen aufzählt. Viel wichtiger ist es, dass Millionen von Flüchtlingen lebenslang in furchtbaren Flüchtlingslagern überleben und von den Medien und damit von uns ganz vergessen sind. CDU und SPD haben im Koalitionsvertrag in Berlin die Bereitschaft, Flüchtlinge von dem Resettlement-Programm aufzunehmen, vereinbart. Damit wird aus humanitären Motiven ein legaler Zugang ermöglicht und die Illegalität zurückgedrängt. Diese Menschen müssen sich also nicht auf den lebensgefährlichen Weg über das Mittelmeer aufmachen. Wir von der FDP begrüßen jeden legalen Weg, der das Sterben im Mittelmeer reduziert. Das Resettlement ist geradezu eine Möglichkeit. Die Verwaltung hat Recht, dass damit besonders Syrern, die zurzeit in der Türkei sind, geholfen wird.

Lassen Sie mich zwei Beispiele von Flüchtlingslagern in Verbindung mit Karlsruhe nennen. Zuerst Burundi, in der Zeit, in der Frau Bürgermeisterin Lisbach noch Fraktionsvorsitzende für die GRÜNEN hier in Karlsruhe war, habe die GRÜNEN einen sehr kontroversen Vorschlag über eine Zusammenarbeit mit Burundi eingebracht. Er war so kontrovers, dass die GRÜNEN einen internen Parteistreit darüber gehabt haben. Die Merkur-Akademie, bei der Herr Mentrup, ich und viele andere letzte Woche waren, und die europäische Schule haben mehr als zehn Jahre lang Burundi kräftig unterstützt. Vom offiziellen Land Baden-Württemberg oder von Karlsruhe hört man nichts mehr über Burundi, aber viele hunderttausende Burundier sind aus dem Land geflüchtet. Besonders Uganda hat viele Burundi-Flüchtlinge aufgenommen, die leben jetzt im Flüchtlingslager in Kampala. Unser Oberbürgermeister war gerade in Uganda, was ich sehr begrüße, weil Uganda ein echtes Potenzial für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat, und eine Delegation aus Uganda kommt im nächsten Monat wieder nach Karlsruhe. Falls wir Burundi und Flüchtlingen helfen wollen, wie öffentlich erklärt, dann wären Burundi-Flüchtlinge aus Uganda eine wichtige Aufgabe. Das zweite Beispiel mit Verbindung zu Karlsruhe ist der Sudan, der Diktator und Verbrecher Omar al-Baschir im Sudan hat einen einjährigen Notstand verkündet. Seit Wochen gehen Zehntausende im Sudan auf die Straße, im Flüchtlingslager Dafur leben hunderttausende sudanesischen Flüchtlinge ein absolut unmenschliches Leben. Sie haben keine Möglichkeit über das Mittelmeer zu flüchten, und sie sind in der Medienwelt und Öffentlichkeit verges-

sen. Seit mehr als zehn Jahren hilft die Mende Nazer Fondation mit Sitz in Karlsruhe und Abteilungen in London, New York und Kanada den leidenden Menschen im südlichen Sudan zu überleben. Das Resettlement Programm, das auch in dem Verwaltungsvorschlag geschrieben steht, ist ein guter, legaler und praktischer Weg zu helfen, um den illegalen, furchtbaren, lebensgefährlichen Weg über das Mittelmeer zu bekämpfen. Aber wir sollen uns nicht nur mit dem beschäftigen, was wir gestern Abend im Fernsehen gesehen haben. Hunderttausende Leute, die in den Flüchtlingslagern leben, brauchen dringend Hilfe, und das könnte das Resettlement Programm leisten. Respekt für SPD und CDU, die dieses Programm im Koalitionsvertrag vereinbart haben.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich möchte an den Redebeitrag meines Kollegen Marc Bernhard bei der letzten Diskussion zu diesem Thema erinnern, wir lehnen den Antrag ab, weil wir der Meinung sind, dass er dazu beiträgt, dass mehr Menschen die gefährliche Route über das Meer wählen, und das wollen wir auf keinen Fall. Wir wollen stattdessen dort in Afrika vor Ort helfen, weil dort das Geld auch viel effektiver eingesetzt werden kann.

Stadtrat Wenzel (FW): Ich möchte auf die Redebeiträge von Kollegen Høyem und Dr. Dogan zurückgreifen, ich werde ebenfalls so abstimmen und mich auf die Stellungnahme der Verwaltung beziehen, denn ich denke, das ist der richtige Weg. Ich habe volles Verständnis für diesen Antrag, sehe ihn aber, Sie müssen entschuldigen, eher als symbolischen Antrag. Deshalb sehe ich mich als Stadtrat meinem Gewissen verpflichtet. Um das Thema nicht weiter aufzugreifen, ich habe im Vorfeld sehr viel gelesen und gegoogelt, aber es könnte den falschen Schlag bekommen, deshalb belasse ich es bei dieser Aussage.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Auch diese Debatte zeigt wieder, dass schon wieder die rechte Seite des Hauses, die Besitzstandswahrer, versuchen zu erklären, warum wir uns auch dann, wenn es eine symbolische Aktion wäre, uns nicht daran beteiligen sollen. Was passiert hier? Wir haben über 60 Millionen Flüchtlinge auf der Welt, und wir sind daran auch nicht unbeteiligt, dass es diese gibt. Wir verkaufen in Afrika deutsche und europäische Klamotten und Tomaten, anstatt die Wirtschaft so zu fördern, dass sie eine eigene haben. Warum? Weil es sich sonst um eine konkurrierende Wirtschaft handelt, und das wollen wir eigentlich gar nicht. Gleichzeitig helfen wir mit, Länder zu zerstören, wie es auch in Libyen passiert ist, ohne Alternativen vorher zu prüfen, und gleichzeitig unterstützen wir Länder wie Saudi-Arabien, die brutale Systeme sind. Interessant ist schon wieder, dass wir Angst haben, Menschen aufzunehmen und dafür tausend Erklärungen haben.

Erstens gehören wir zu den reichsten Ländern dieser Welt, und zweitens gehört Karlsruhe zu den reichen Städten Deutschlands. Nachdem Ihre eigene Parteivorsitzende 2015 gesagt hat, wir schaffen das, haben Sie selbst sie jetzt einfach abgesetzt. Warum? Weil wir Angst haben, vor einer Million Flüchtlinge. 60 Millionen Flüchtlinge sind weltweit unterwegs, und die sollen in den armen Ländern bleiben. Die Konzeption, die die Bundesregierung momentan fährt und die die CDU vorantreibt, ist, angeblich wollen wir jetzt dort helfen, damit die dort bleiben, also letztlich die Armen, die flüchten, sollen in den armen Ländern bleiben, und wir schicken ein bisschen Geld und ein paar Lehrer hin, die das ein bisschen fördern. Ist das wirklich eine Hilfe? Natürlich ist es legitim, wenn wir als Gemeinderat, selbst dann wenn es eine Symbolpolitik ist, sagen, wir wollen das anders haben und wir wollen sehr wohl helfen, und wir haben keine Angst um unser Wohl und unseren Wohlstand. Welchen Wohlstand wollen wir denn haben? Glauben Sie denn wirklich, dass Mauern die Menschen abhalten werden? Die werden sie nicht abhalten, sie werden kommen. Die Frage ist, be-

kommen wir das geordnet hin? Schaffen wir es, human zu sein und Bedingungen zu schaffen? Alle sagen jetzt, dass sie nichts Illegales wollen, aber Menschen sind erst mal prinzipiell nicht illegal, und zweitens, wollen wir legale Wege schaffen. Bei der Diskussion, die gerade bei der FDP geführt wird, bei den Vorsitzenden, hört man immer, dass man nur Fachkräfte möchte. Man möchte sich die Flüchtlinge aussuchen, damit die hier bei uns den Fachkräftemangel ausgleichen können, sie reinlassen sozusagen aus Alibigründen, und dann vielleicht noch ein paar andere. Was ist denn das hier für eine humanitäre Haltung, die wir hier haben? Warum wollen wir denn nicht mal entsprechend bundesweit Symbole setzen? Das machen wie bei vielen anderen Themen auch. Ich finde es ziemlich traurig, dass immer die Reichsten die Geizigsten in der Welt sind, das zeigt sich innerhalb einer Gesellschaft, das zeigt sich zwischen den Gesellschaften. Wir jammern um unseren Besitzstand und glauben, bezahlbarer Wohnraum ist nicht zu schaffen, weil vielleicht ein paar Flüchtlinge mehr kommen könnten. Warum schaffen wir das denn nicht? Warum geben wir das viele Geld, das wir in der Stadt hier haben, immer für Projekte aus und sagen, beim Wohnraum haben wir zu wenig Geld? Heute ist auch der Kollege Rüssel mal genannt worden, wegen der Kitas. Der hat damals auch gesagt, ja kostenlose Kitas sind gut, aber wir haben kein Geld. So zieht sich das im Gemeinderat immer durch, wenn es um soziale Projekte geht, und hier auch um diesen symbolischen Akt. Ich bin sehr dafür, dass wir den Mut haben auch solche Aussagen zu machen, und eben nicht den Seehofers und Orbáns in Europa folgen, die ständig alles angreifen, was irgendwo Flüchtlingen helfen könnte, sich multikulturell oder humanitär anhört.

Stadtrat Høyem (FDP): Lieber Kollege Fostiropoulos, ich schätze Sie sehr, und wir haben auch außerhalb dieses Raumes sehr viel miteinander zu tun gehabt. Wir haben eine Gemeinschaft, wo wir sowohl Sudan als auch Burundi in dieser Gemeinschaft geholfen haben. Entschuldigung, das ist ein bisschen emotional, aber es ist nicht fair. Es ist ganz einfach nicht fair, mich in eine Gruppe zu stellen, wo ich nicht hingehöre. Ich bin total offen für Flüchtlinge in der Welt, ich bin vielleicht mehr international als die meisten hier, und ich weiß über was ich spreche, wenn ich diese Flüchtlingslager in Afrika und an anderen Stellen gesehen habe. Aber können wir nicht respektvoll miteinander umgehen, auch wenn es um Emotionen geht? Ich bitte Dich wirklich Niko, dass Du mich nicht in dieses Lager platzierst, weil ich sonst nicht zuhöre.

Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe): Ich möchte doch noch kurz eine Bemerkung machen. Also, ich glaube, es braucht sehr viel Weisheit, um das richtige Maß zu finden, und ich bemerke, es gibt Gesellschaften, die überfordert werden und dann reagieren Sie gegen die Humanität. Ich bin auch der Meinung, dass wir ein reiches Land sind und viel zu geben haben, aber das Resettlement Programm ist auch ein Weg, der viel geben kann. Deshalb braucht es jetzt nicht unbedingt einen symbolhaften Weg. Von dieser Seite gesehen, werden wir uns enthalten. Wir wollen uns nicht gegen das Programm sicherer Hafen stellen, aber wir sehen es so wie die Stadtverwaltung. Es ist für uns nachvollziehbar, dass es ein guter Weg ist und wir wirklich als Stadtgesellschaft auch teilen können was wir haben.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Ich möchte gerne dem Gemeinderat einen Vorschlag machen. Ich lade Sie gerne ein, dass wir auf Lesbos in Griechenland die Flüchtlingslager besuchen, um uns den Zustand mal anzuschauen. Man lässt hier arme Länder mit genau diesem Problem allein, das machen wir hier so. Und es wäre vielleicht sogar interessant und gut, gemeinsam so eine Reise zu machen, um sich mal anzuschauen, was da so passiert. Warum ich dann natürlich auch zugespitzt formulieren muss, Kollege Høyem, ich habe kei-

ne Unterstützung, die Menschen irgendwo machen, kritisiert. Ich habe aber allgemein gesagt, dass wir als reiche Länder auch gerne Symbolpolitik betreiben, auch in der Hilfe, aber real ändern wir in der Welt nichts. Obwohl die Mittel in der Welt ausreichen, um diese Armut und Fluchtursachen in Afrika zu lösen. Das wissen wir, auch wenn ich jetzt so weit aushole, und dann muss ich auch sagen, es reicht eben nicht Symbolpolitik zu machen, indem ich vor Ort mal helfe, was ich gut finde, sondern wir müssen auch den Mut haben, eben den Seehofers und Orbáns und allen anderen, die da ständig unseren Besitzstand wahren wollen, mal etwas entgegenzusetzen, auch dann, wenn eine Kommune keinen direkten Einfluss hat, aber sich traut zu sagen, das wollen wir in unserem Land nicht, wir wollen eine andere Politik. Da muss man auch mal Zeichen setzen dürfen. Mein Vorschlag gilt, gerne knüpfe ich die Kontakte, um dort mal einen Besuch zu organisieren, damit wir uns alles gemeinsam vor Ort anschauen können.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Abschließend, ich wollte vorhin nichts erwidern, aber der letzte Beitrag reizt mich doch zu sehr, als dass ich es so im Raum stehen lasse. Hier geht es nicht um Besitzstandswahrung, hier geht auch nicht darum, dass wir kaltherzig sind oder wir irgendeine Kanzlerin abgesägt haben sollen. Hier geht es darum, den Menschen und den Ländern, die strukturell größte Probleme haben, in Armut sind, und nicht aus dem Elend rauskommen, vor Ort zu helfen, um reell etwas aufzubauen und nicht immer nur Geld hinschicken. Deswegen wurden auch vom Innenministerium mit dem Migrationspakt Gelder und Projekte eingestellt und vereinbart, die es zuvor, im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfe, in diesem Ausmaß noch nie gegeben hat. Ich habe mir mal die Mühe gemacht, jeden einzelnen Artikel davon durchzulesen und habe das mit großem und positivem Erstaunen festgestellt. Es geht hier nicht nur darum, Flüchtlinge aufzunehmen. Die Ärmsten der Armen, die sich eine Flucht überhaupt nicht leisten können, weil sie den Schlepper nicht bezahlen können und die älteren Menschen, die bleiben vor Ort, die müssen im Elend ausharren, und das wollen wir nicht, und das wollen wir auch nicht mit irgendwelchen Aktionen unterstützen. Wir wollen vor Ort helfen, dass alle Länder, auch gerade diese Länder, eine reelle Chance haben im internationalem Wettbewerb mitzumachen, eine eigene Wirtschaftskraft aufzubauen, ihren Menschen eine eigene Bleibeperspektive zu geben.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich habe nur eine Frage bezüglich der Tagesordnung. Wenn man das Resettlement zu unterstützen wünscht, stimmt man dann ja oder nein?

Der Vorsitzende: Was Sie mir immer für Fragen stellen! Ich möchte mich zunächst mal für die weitgehend von großem Ernst getragene Debatte bedanken. Wir hatten das hier zu diesem Thema auch schon mal völlig anders, und ich glaube, da haben wir eine ganz gute Entwicklung hingelegt. Im Grunde hat keiner dem anderen abgesprochen, dass er nicht humanitäre und auch entsprechende Wertschätzung für den Menschen als solchen hier vertritt, sondern dass es unterschiedliche Wege gibt, wie man jetzt mit der Situation umgehen soll. Ich möchte ausdrücklich noch mal unterstreichen, dass ich es wichtig finde, und da tun mir so Abwertungen wie - ein bisschen Geld in andere Länder schicken um eine Schule aufzubauen - ein bisschen weh, weil ich absolut davon überzeugt bin, und die Zahlen sprechen auch dafür, dass die meisten Menschen, die aus der Not heraus ihre Länder verlassen, nichts lieber täten, als in diesen Ländern zu bleiben oder in diese zurückzukehren, weil es ihre Heimat ist. Wir tun gut daran, erst mal ganz unabhängig von denen, die dann bei uns vor der Tür stehen, in diesen Ländern zu versuchen, stabilere, demokratischere und bildungsnahe Verhältnisse zu schaffen, ohne jetzt mit der Arroganz dahin zu gehen,

wir wüssten etwas besser. Das war eine meiner wesentlichen Erfahrungen, die ich gemacht habe. Dort ist eine völlig andere Situation, eine völlig andere Historie, ich kann da mit meinen Lösungen, die wir uns in Europa über Jahrhunderte entwickelt haben, wenig anfangen, aber ich kann versuchen, mitzuhelfen, dort eigene Wege zu finden, die einen Verbleib erstmal in der Heimat möglich machen, und zwar nicht, weil ich die Leute davon abhalten möchte hierher zu kommen, sondern weil ich weiß, dass es in ihrer Heimat ihnen am besten geht, wenn es dort vernünftige Verhältnisse gibt. Genauso wie es uns hier auch ginge. Ich würde mich woanders auch weniger wohlfühlen, als wenn ich versuchen würde zu bleiben, wo ich aufgewachsen bin und mich auch orientieren kann.

Wie gehen wir jetzt mit der Situation im Mittelmeer um? Ich habe es auch gestern der Initiative gesagt, mein höchster Respekt gilt denen, die sagen, das, was wir im Fernsehen sehen, darf so nicht sein. Da kann ich die Situation auf Lesbos genauso dazu nehmen, wie die Situation auf den Flüchtlingsschiffen, denen man dann quasi den Hafenzugang verweigert. Ich sehe in dieser Initiative, die für mich beeindruckend viele Karlsruherinnen und Karlsruher auch mittragen, erst mal ein klares Bekenntnis und einen Appell an die Bundes- und Europapolitik, dass das so nicht weitergehen kann im Mittelmeer, dass man hier vernünftige humanitäre Lösungen finden muss, und dass natürlich nicht bloß, wenn Menschen in Seenot sind, die Diskussion darüber losgeht, ob das die richtigen Menschen sind, das haben sie selbst zu verantworten und so weiter. Diese Diskussion haben wir heute hier nicht geführt, dafür bin ich sehr dankbar. Ich empfinde die Aktion mit dem sicheren Hafen als Appell an die Bundes- und Europapolitik hier andere Lösungen zu finden. Ich könnte da noch viele Beispiele nennen, warum diese Lösung, die man mit dem Dublin-Abkommen und mit allem anderen gemacht hat, aus meiner Sicht völlig weltfremd ist, und immer humanitäre Katastrophen erzeugt, die so eigentlich gar nicht sein dürften.

Womit ich Schwierigkeiten habe, und deshalb stehe ich auch zur Stellungnahme der Verwaltung, ist zu meinen, dass wir jetzt nicht Bund und Europa auffordern, dass sie massiv hier ihre Politik ändern, sondern dass wir sozusagen einen Ausweg anbieten, auch wenn er nur symbolisch gemeint ist, indem wir diese Menschen in unsere Stadt einladen und behaupten, wir seien ein sicherer Hafen. Ich habe damit deswegen ein Problem, weil wir eigentlich die aus der Verantwortung lassen, die jetzt hier an der Stelle vernünftig Politik machen müssten, weil wir versprechen, dass wir diese Menschen hier aufnehmen, was zahlenmäßig jetzt nicht das große Problem ist, aber wir sind kein sicherer Hafen. Diese Menschen werden hier auf ihre Asylberechtigung untersucht und entsprechend befragt, und wir haben es nicht in der Hand, ob die hierbleiben können oder nicht. Es hängt auch überhaupt nicht davon ab, was wir denen bereitstellen, sondern es ist eine Entscheidung, die wieder an einer völlig anderen Stelle fällt. Sagen wir einmal so, ich glaube auch nicht, dass wir so wirkungsmächtig sind, aber wenn am Ende die entsprechenden Schlepperorganisationen behaupten können, dass schon so und so viele hundert Städte gesagt haben, wir nehmen jeden Flüchtling auf, und er ist bei uns sicher, was wir gar nicht versichern können, dann wäre das an dieser Stelle auch ein falsches Signal. Das ist jetzt aber nicht mein Gegenargument. Insofern habe ich große Sympathie dafür, zu sagen, es ist so zu verstehen, es ist heute ein kräftiger Appell und nicht nur mehr ein Appell, sondern eine feste Erwartung, dass diese Missstände im Mittelmeer beendet werden und zwar mit einer professionellen Seenotrettung und mit der ganzen Lösung der Dinge außen rum. Da bin ich ganz bei Ihnen, Herr Fostiropoulos, man hat Jahrzehnte versucht, seit dem sogenannten Asylkompromiss, das ganze Problem nur in Italien und in Griechenland aufzufangen und hat sich sonst aus der europäischen Verantwortung rausgestohlen und daran hat sich jetzt

auch nichts geändert, dadurch dass Deutschland sich jetzt vom Lager derer, die das gut fanden, in das Lager derer gewechselt hat, die das nicht gut fanden. Denn alle anderen in Europa sehen es nach wie vor kritisch und damit haben auch nichts erreicht. Aber ich habe Schwierigkeiten zu sagen, wir erklären jetzt, dass wir die Anlaufstelle für alle sind, die jetzt auf Booten sind. Das muss an anderer Stelle mit anderer politischer Weichenstellung gelöst werden. Ich empfinde aber die heutige Debatte und auch die Aktion als klares Signal, dass das gelöst werden muss. Das steckt hinter unserer Stellungnahme.

Ich möchte trotzdem den zweiten Aspekt aufnehmen, der auch von der Initiative kommt, dass wir jetzt keine kleinliche Diskussion anfangen, so nach dem Motto, wir sind Erstaufnahmestadt, wir nehmen erst mal keine Flüchtlinge auf, sondern dass wir an diesem normalen Flüchtlingsmanagement der EU und der Bundesrepublik vorbei, auf einem anderen Weg, uns anbieten, Flüchtlinge aufzunehmen und in unsere Stadtgesellschaft zu integrieren, und das ist das Resettlement Programm. Da bekommen wir dann Flüchtlinge mit einem geklärten Aufenthaltsstatus, und wenn wir die integrieren, dann haben die im Grunde auch eine Chance, hier auf Dauer in der Gesellschaft ihren Platz zu finden, genau an der Stelle, die wir dann versuchen, mit ihnen gemeinsam zu entwickeln. Das noch mal auf ihre Frage, vor allem aber auch, um meine Position hier deutlich zu machen. Abschließend bin ich, wie schon gesagt, sehr dankbar, dass wir uns nicht gegenseitig abgesprochen haben, dass wir humanitär handeln wollen, über den Weg der Symbolik und auch über den über seine Symbolik hinausgehende Erwartungshaltung. Ich bin immer noch der Meinung, dass wir Bund und EU dazu bringen müssen, hier eine andere Richtung einzuschlagen und nicht unbedingt, dass wir jetzt die Lösung für alle dort ungelösten Probleme sein können, und zwar nicht wegen der Quantitäten und Status und allen andern Dingen, das habe ich Ihnen erläutert. Das noch mal um meine Position hier an der Stelle deutlich zu machen. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Stadtrat Høyem (FDP): Entschuldigung, es ist noch schwierig mit dieser Abstimmung, weil wir nicht wissen, was die Antragsteller jetzt über Ihre Rede denken. Wir können selbstverständlich diesem Vorschlag von der Verwaltung zustimmen, absolut, aber das steht nicht in dem Antrag. Wenn die Antragsteller sagen, was Oberbürgermeister Mentrup jetzt gesagt hat, das ist auch das, was wir denken, dann wollen wir selbstverständlich zustimmen, sonst stimmen wir dagegen.

Der Vorsitzende: Ich glaube, die Diskussion ist klar, die Antragsteller haben nichts gegen das Resettlement Programm, das werden sie auch weiter unterstützen, sprechen sich aber dennoch für diese Aktion sicherer Hafen aus, auch für den Teil, wo man die Aufnahme der Flüchtlinge von entsprechenden Schiffen anbietet. So habe ich die Antragsteller jetzt verstanden, und da gibt es für mich nichts zu deuteln. Ich habe Ihnen erklärt, dass ich das Angebot, dass wir konkrete Flüchtlinge von Schiffen aufnehmen, zwar symbolisch nachvollziehen kann, aber dennoch für ein nicht ganz vernünftiges Angebot halte, sondern wir hier eher auf Bundes- und EU-Politik einwirken sollten, und ich biete das Resettlement Programm an. Das hatten wir uns schon vor dieser Diskussion in der Verwaltung überlegt, um deutlich zu machen, dass es nicht darum geht, keine Flüchtlinge aufzunehmen, sondern dass es nicht sein kann, dass wir in die mangelnde Verantwortung von Bund und Europa einsteigen, das könnte man als Stadt auf Dauer gar nicht durchhalten, wenn man so sieht, was sich da in den nächsten Jahren noch so alles entwickeln wird. Das ist von daher eine klare Entscheidung. Ich bitte jetzt um die Abstimmung für diesen Antrag. - Damit ist der Antrag angenommen, Sie haben dieses Signal gesetzt, wir warten jetzt ab, wie auf das Signal ein-

gegangen wird, und werden bei anderen Städten nachfragen, wie sie mit solchen Entscheidungen umgegangen sind. Darüber hinaus würde ich dann trotzdem den Weg gehen, dass wir uns über das Resettlement Programm erkundigen und es ist in der Stellungnahme der Verwaltung deutlich gemacht worden, dass wir dann noch mal über den Migrationsbeirat und die entsprechenden Fachausschüsse auf Sie zukommen. Dann entscheiden Sie darüber, ob Sie das so mittragen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
1. April 2019